

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 73 (1995)
Heft: 2

Artikel: Eine Nation von "profaschistischen" "Schweinen"? : Die Schweiz bei Kriegsende im Sommer 1945
Autor: Ludi, Regula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341166>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine Nation von «profaschistischen» «Schweinen»?

Die Schweiz bei Kriegsende im Sommer 1945

«Die letzten Szenen des europäischen Dramas sind mit solcher Wucht und Schnelligkeit zu Ende gegangen, dass keine Berichtserstattung den kriegesischen Geschehnissen zu folgen vermochte. Die Tat-

Regula Ludi

sache des Kriegsendes, die Tatsache des Sieges der Alliierten über die Barbarei des Faschismus ist von so unerhörter Grösse, dass unser erschüttertes Staunen nur langsam dem Erwachen zum Gefühl befreiter Beglücktheit weichen wird.»¹ Mit diesen Zeilen würdigte die Rote Revue vor 50 Jahren in der letzten Ausgabe ihres «Kriegstagebuches» den Waffenstillstand vom 8. Mai 1945.

Das historische Datum hat in den letzten Wochen wiederum für Kontroversen in der Öffentlichkeit gesorgt – diesmal jedoch nicht, weil der Bundesrat mit aufwendigen Feiern des Anlasses gedenken will, sondern weil von offizieller Seite her nichts geschehen soll. Aus nationalgeschichtlicher Perspektive betrachtet, ist der Verzicht durchaus verständlich – weder hat das Kriegsende für die Schweiz über Jahr-

zehnte hin identitätsstiftend gewirkt wie der Kriegsausbruch und die Mobilmachung von 1939, noch konnte sich 1945 eine Generation mit dem Ruhm bedecken, die nationale Integrität unseres Landes gerettet zu haben. Das Jahr 1945 war vielmehr eine schmachvolle Zeit. Denn die politische und wirtschaftliche Situation unseres Landes gab bei Kriegsende wenig Grund zur Zuversicht. Die Schweiz war international isoliert. Verschont vom Naziterror und bewahrt vor Verwüstungen war sie zwar unversehrt aus dem Krieg hervorgegangen. Mehr als andere Neutrale litt die Schweiz aber unter einem schwer angeschlagenen Image. Noch bevor die Waffen schwiegen, gaben die angehenden Siegermächte der Landesregierung zu spüren, dass ein neues Weltssystem im Entstehen sei, das den Neutralen weder Sympathien entgegenbringe noch besondere Vorrechte einräume.

Als sich der Bundesrat – angesichts des bevorstehenden Kriegsendes und der zu erwartenden Grossmachtstellung Russlands – im Herbst 1944 um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion bemühte, erhielt er eine schroffe Absage. Die russische Presse titulierte die Schweizer Regierung als

¹ Rote Revue 10, Juni 1945, S.366

«profaschistisch», und Stalin bezeichnete in privaten Gesprächen Schweizer Politiker schlicht als «Schweine». Auch in den USA war die öffentliche Meinung für unser Land denkbar ungünstig – wie in Russland unterstellte man dem Bundesrat Angleichung und Anpassung an Deutschland. Ebenso gespannt waren die Beziehungen zur provisorischen Regierung Frankreichs. Während Monaten weigerte sich General de Gaulle, den neuen Schweizer Botschafter Carl J. Burckhardt zu akkreditieren.

Die Siegermächte setzten neutral damals mit Kriegsgewinnlertum und kleinmütiger Krämerei gleich. Und das nicht zu unrecht. Hatte doch die Schweizer Regierung in den frühen 40er Jahren bereitwillig wirtschaftliche Konzessionen an das Naziregime gemacht, um die Landesversorgung sicherzustellen. Für mehr als eine Milliarde Franken bezog Deutschland zwischen 1939 und 1945 Schweizer Waren auf Kredit, darunter in erheblichem Ausmass auch kriegswichtige Güter und Waffen. Erst im Herbst 1944 verbot der Bundesrat unter massivem Druck der Alliierten den Export von Kriegsmaterial. Hinzu kam, dass die Schweiz den Achsenmächten als unentbehrlicher Devisenumschlagplatz diente und dass die Nationalbank deutsches Raubgold entgegengenommen hatte.² Seit 1943 riefen die Alliierten die Regierungen der neutralen Länder wiederholt dazu auf, die wirtschaftliche Unterstützung von Nazi-Deutschland einzustellen, sie warnten vor dem Ankauf deutschen Raubgoldes und verlangten speziell von der Schweiz, den für die

Kriegführung in Oberitalien wichtigen Gotthardtransit einzustellen. Diesen Appellen zum Trotz hielt der Bundesrat die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland fast bis ans Ende des Krieges aufrecht – unter Berufung auf Neutralitätsrecht, das die prinzipielle wirtschaftliche Gleichbehandlung der Kriegführenden verlangt. Schliesslich trugen die engherzige Flüchtlingspolitik sowie die im Interesse des Naziregimes ausgeübte Pressezensur eben auch nicht zum hierzulande gerne gepflegten Bild der freiheitsliebenden und den humanitären Idealen verpflichteten Schweiz bei.

Obwohl die Neutralität in ihrem engen völkerrechtlich definierten Sinn während des 2. Weltkrieges nie verletzt worden war, hatte die Schweiz an moralischer Kreditibilität massiv eingebüsst. Die Aussenpolitik, und vor allem die Aussenwirtschaftspolitik spielte sich damals in einem jenseits des Neutralitätsbegriffs liegenden rechtsfreien Raum ab. So hatte der Bundesrat in den ersten Kriegsjahren den Forderungen Deutschlands nachgegeben und stand nun, seit dem Sommer 1944, unter erheblichem wirtschaftlichen Druck der Alliierten. Die Amerikaner verlangten, dass sich die Behörden am sogenannten Safehaven-Programm beteiligten, d.h. mit allen Mitteln zu verhindern suchten, dass die Deutschen auf Schweizer Banken Fluchtgelder anlegen konnten. Die Amerikaner hatten massive Druckmittel in der Hand. Einmal verschlechterte sich gegen Kriegsende die Versorgungslage in unserem Land, zumal Deutschland seine Lieferungspflichten immer weniger erfüllen konnte. Der Bundesrat erhoffte, von den Alliierten die Rohstoffe zu erhalten, die zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung notwendig waren. Denn man befürchtete, dass, ähnlich wie nach dem 1. Weltkrieg, eine Wirtschaftskrise mit massiver Arbeitslosigkeit und sozialen Konflikten ausbrechen könnte. Ferner hatte die USA als Massnahme des Wirtschaftskrieges sämtliche Schwei-

² Nützliche Literaturhinweise bei Markus Heiniger, Dreizehn Gründe. Warum die Schweiz im Zweiten Weltkrieg nicht erobert wurde, Zürich 1989. Seither erschienen: Oswald Inglin, Der stille Krieg. Der Wirtschaftskrieg zwischen Grossbritannien und der Schweiz im zweiten Weltkrieg, Zürich 1991; Catherine Schiemann, Neutralität in Krieg und Frieden. Die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten gegenüber der Schweiz 1941-1949, Zürich 1991; Peter Kamber, Schüsse auf die Befreier. Die «Luftguerilla der Schweiz gegen die Alliierten 1943-45», Zürich 1993.

zer Guthaben auf amerikanischen Banken blockiert, da die Gefahr bestand, dass Deutsche über Konten von Neutralen Geschäfte abwickeln würden. Zu diesen eingefrorenen Guthaben – immerhin eine beachtliche Summe von über 5 Mrd. Franken – gehörte auch Gold der Schweizerischen Nationalbank, das bei Kriegsausbruch in den USA in Sicherheit gebracht worden war. Schliesslich führten die Amerikaner und die Briten über die Zeit des Waffenstillstandes hinaus ihre schwarzen Listen weiter, die all jenen Firmen einen Boykott auferlegten, die kriegswichtige Güter nach Deutschland exportiert hatten.

Nicht nur aus moralischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen war die Überwindung der Isolation die dringendste Aufgabe der Aussenpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Schon in den letzten Kriegsmonaten bemühte sich die Regierung um die Pflege des Ansehens bei den Alliierten. Mit dem Rücktritt von Bundesrat Pilet-Golaz war im November 1944 eine aussenpolitische Epoche, die unter dem Zeichen der Anbiederung an Deutschland gestanden hatte, zu Ende gegangen.³ Der Nachfolger, Max Petitpierre, trug einen neuen Wind ins Politische Departement: Im Februar schwenkte der Bundesrat auf das Savehafen-Programm ein und blockierte sämtliche auf Schweizerbanken liegende Guthaben von Deutschen. Im Currie-Abkommen vom März 1945 verpflichtete sich die Regierung dazu, den Gotthardtransit auf ein Minimum zu reduzieren, Warenlieferungen an Deutschland drastisch zu senken und die Ausfuhr von Elektrizität ins nördliche

Nachbarland einzustellen. Als Gegenleistung versprachen die Alliierten Rohstofflieferungen und die Aufhebung der schwarzen Listen. Das wirtschaftliche Entgegenkommen der Alliierten liess vorerst auf sich warten. Das Abkommen vom März 1945 trug aber zur moralischen Rehabilitation unseres Landes bei. Trotzdem wurde es in der Öffentlichkeit als Unterwerfung unter das Recht der Stärkeren, als unberechtigte Einmischung der Alliierten wahrgenommen. Erstaunlicherweise liest man selbst in der «Roten Revue» wenig Kritik an der Aussenpolitik des Bundesrates während der verflossenen Kriegsjahre, vielmehr plädierten einige Mitarbeiter für die Verteidigung der Souveränität unseres Landes gegenüber den Siegermächten und vor allem für eine bedingungslose Aufrechterhaltung der Neutralität.⁴ Immerhin gab es Stimmen, die bekannten, dass die alliierten Vorwürfe an die Landesregierung nicht völlig aus der Luft gegriffen waren.⁵

Auch wenn die Schweizer Bevölkerung, aus Solidarität zu den kriegsgeplagten Nachbarländern, im Mai 1945 aufatmen konnte, so hatte sie doch wenig Grund zum Jubeln. Der Ausbruch aus der Isolation sollte noch einige Konzessionen erfordern und ist schliesslich vor allem dem Beginn des Kalten Krieges und der Anlehnung unseres Landes an den Westen zu verdanken.

⁴ Rote Revue 6, Februar 1945, Arthur Schmid, «Die schweizerische Neutralität».

⁵ Rote Revue 11/12, Juli/August 1945, Fritz Studer, «Die zukünftige Weltfriedensorganisation und die Neutralität der Schweiz».

³ Der umstrittene frühere Aussenminister Pilet-Golaz sah sich zum Rücktritt gezwungen, nachdem die Sowjetunion das schweizerische Begehren um Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zurückgewiesen hatte.

Regula Ludi, 1965, ist Historikerin in Bern.